

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
parlamentsdienste@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

P 037/2003 (DDI)

**Postulat Fraktion SP: Polizisten/innen mit speziellem Auftrag in den Gemeinden (11.03.2003)**

Der Regierungsrat wird gebeten, den Einsatz von Polizisten/innen zu prüfen, die nebst der polizeilichen Grundausbildung eine soziale Zusatzausbildung haben und vor allem präventiv in den Gemeinden wirken. Insbesondere ist der Aufgabenbereich «Sicherheitspolizei» den Erfordernissen der heutigen Gesellschaft anzupassen.

*Begründung:* 11.03.2003 (Schriftlich)

Die Kantonspolizei und die drei Stadtpolizeien Grenchen, Olten und Solothurn erfüllen ihre Aufgaben (Paragrafen 1 bis 5 Gesetz über die Kantonspolizei) knapp ausreichend bis gut. Trotzdem steht es um das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung schlecht. Auch objektiv muss festgestellt werden, dass – unbesehen von Statistiken – das berechnete Anliegen der Bevölkerung auf Sicherheit nicht ausreichend erfüllt wird. Insbesondere erregen, zu Recht, Serien von Einbruchsdelikten und punktuelle Gewalttaten Unsicherheitsgefühle. Tatsache ist, dass diese Ereignisse mit Migranten/innen und Ausländer/innen in Zusammenhang gebracht werden. Die Ausdünnung der Polizeiposten hat zum schlechten Sicherheitsempfinden zweifellos beigetragen und konnte durch die Patrouillentätigkeit nicht wett gemacht werden.

Gut sind die Leistungen der Polizei bei den Aufgaben «Patrouillentätigkeit nicht wett gemacht werden. Gut sind die Leistungen der Polizei bei den Aufgaben «Erste Massnahmen bei Katastrophen», «Verkehrspolizei» und «Verfolgung bei Straftaten», höchstens ausreichend bei der Aufgabe «Verhütung von Straftaten» und nur knapp ausreichend bei der Aufgabe «Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung» in Bezug auf das subjektive Sicherheitsempfinden. Objektiv gesehen ist das Risiko zu hoch geworden, dass Menschen an Leib und Leben Schaden nehmen. Mit einer blossen Vergrösserung des Polizeikorps kann der aktuellen Sicherheitslage nicht Rechnung getragen werden. Die öffentliche Sicherheit ist zunehmend durch gesellschaftliche Veränderungen gefährdet: Atomisierung des Wertsystems, Veränderung des Familiensystems und der Dorfgemeinschaften, Bandenbildung, soziale Haltlosigkeit oder Verwahrlosung, «Einwanderung» von Sicherheitsvorstellungen, bei denen das Gewaltmonopol nicht beim Staat liegt.

Angesichts dieser Veränderungen muss sich auch die Polizeitätigkeit qualitativ verändern, in Richtung präventives Handeln. Solches Handeln verlangt nach gezielter Zusatzausbildung und lokaler Vernetzung.

Polizisten/innen mit sozialer Zusatzausbildung sollten vorzugsweise im kantonalen Polizeikorps integriert, könnten aber auch von Gemeinden oder Regionen angestellt werden. Entscheidend ist, dass sie einen speziellen Dienstauftrag haben. Dieser hat sich auf die «öffentliche Sicherheit und Ordnung» und die «Verhütung von Straftaten» zu beschränken.

Mit dem Typ «Polizisten/innen mit sozialer Zusatzausbildung», eingesetzt in den Gemeinden, soll auch der Tendenz entgegengewirkt werden, dass Gemeinden für solche Aufgaben unzureichend qualifizierte Formationen ohne hoheitliche Befugnisse schaffen, um so dem berechtigten Anliegen ihrer Bevölkerung entgegen zu kommen.

*Unterschriften:* 1. Ruedi Heutschi, 2. Magdalena Schmitter Koch, 3. Urs Flück, Ruedi Lehmann, Caroline Wernli Amoser, Clemens Ackermann, Peter Gomm, Heinz Glauser, Heinz Bolliger, Urs Huber, Martin Straumann, Thomas Woodtli, Lilo Reinhart, Walter Schürch, Jean-Pierre Summ, Niklaus Wepfer, Fatma Tekol, Marianne Kläy, Hans-Jörg Staub, Rudolf Burri, Stefan Hug, Ruedi Bürki, Markus Schneider, Reiner Bernath, Beatrice Heim, (25)